

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 47 (1968)
Heft: 4

Rubrik: Profile der Weltpolitik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

wirkungen auf die einzelne Seele, innerlicher Formung allen Denkens und Fühlens, Benehmens und Begegnens auf der einen, interessengesteuerten Zwangsformen der Arbeit und des wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes auf der andern Seite ist grundsätzlich und zeigt uns in unübersehbarer Deutlichkeit, was Aufgabe einer Organisation wie der ARTA sein muss: Sie hat den Menschen in seiner individuellen Form und seinem heilen Dasein zu verteidigen gegen die Uniformität des Massenwesens. Wenn man sagt, sie verteidige die «Schönheit» gegen alles Amorphe und Zufällige, dann sagt man auch, sie vertrete das Heile und Gesunde gegen alle Deformation und Zerstörung durch unmenschliche Mächte.

Aber der Kampf der Schönheit ist ein besonderer: Er sucht seinem Wesen nach keinen «Feind». Sie bringt sich in ihrem Bereich nur einfach «in Erinnerung» und will den ins Barbarische Abgleitenden freundlich erinnern, dass er sie *gibt* und dass mit ihr alles, was ungeformt und hässlich geworden oder wird, auch schön sein kann. Und dass alles, was sich nur «ungefähr» und unangenehm präsentiert, ebensogut auch angenehm, erfreuend, verbindend, beglückend sein kann.

Das versuchen die ARTA-Bilder in unseren Wohnräumen.

Profile der Weltpolitik

Vietnam: Grausamkeiten auf beiden Seiten

Noch immer beherrscht das Thema Vietnam die Schlagzeilen der WeltPresse. Wir haben an dieser Stelle wiederholt versucht, die militärischen und politischen Ereignisse in Südostasien, die den Weltfrieden ernsthaft gefährden, nach bestem Wissen und Gewissen zu kommentieren. Es ist schwierig, sich von den Ereignissen ein objektives Bild zu machen. In der Vietnam-Diskussion in Amerika und auch bei uns wird leider viel zu oft von vorgefassten Meinungen ausgegangen, die Diskussion, wenn es überhaupt eine gibt, ist zu sehr emotionell. Rasch wird jemand, der das amerikanische Vorgehen kritisiert, kommunistischer Sympathien verdächtigt, und wer Amerika nicht in Bausch und Bogen verdammt, als reaktionär verschrien.

Heute soll die Rede sein von der menschlichen Seite des Krieges, eines Krieges, bei dem kein Ende abzusehen ist. Die Leidtragenden sind die Zivilisten, die Frauen und Kinder, die Hunderttausende von Flüchtlingen, die in die Mühle der Weltpolitik geraten sind. Ein amerikanischer General hat zwar kürzlich erklärt, das Schicksal der Vietnamesen sei in diesem Krieg zweitrangig, wichtig sei, das Vordringen des Kommunismus aufzuhalten, wenn nötig mit Einsatz von Atomwaffen. Wir sind der Ansicht, dass uns das Schicksal von Menschen nicht gleichgültig sein kann, und

Berichte aus Vietnam zeigen erschütternd, dass auf beiden Seiten zu Mitteln der Kriegsführung gegriffen wird, die verabscheugwürdig sind. Die nachstehenden Beispiele entnehmen wir einem Artikel der «Neuen Berner Nachrichten»:

«Kurz bevor anfangs Februar in Hué die Hölle losging, schrieb ein in der alten Kaiserstadt lebender katholischer Theologieprofessor, ein ehemaliger Flüchtling aus Nordvietnam, einen Brief an eine Bekannte in der Schweiz: „Man soll nicht beten für Verhandlungen, wie man sich das in Europa vorstellt: auf diese Weise wird man 17 Millionen Menschen den barbarischen Kommunisten ausliefern. Gewiss muss man die Bombardierungen Nordvietnams verurteilen, aber in Wirklichkeit töten diese Bomben nicht derart wie die kommunistischen Barbareien. Man kann immer noch die Flucht ergreifen, wenn man die Flieger kommen hört. Vor den Grausamkeiten der Kommunisten aber gelingt keine Flucht, vor ihrem Massaker kein Entrinnen. In einer Gemeinde mit 7000 Katholiken sind sie gekommen und haben Hunderte von Kindern getötet: sie haben sie an den Beinchen genommen und buchstäblich entzweigerissen, und sie haben die Kadaver auf einen Haufen geworfen und die Leute gezwungen, das anzuschauen. Sie sagten, es seien die Regierungssoldaten und die Amerikaner gewesen, diese hätten die unglücklichen Kleinen massakriert. Einer meiner früheren Schüler ist vor drei Tagen gekommen und hat uns dies berichtet, er ist Vikar in jener Pfarrei. Einen ganzen Tag war er damit beschäftigt, diese Kindsleichen einzusegnen . . . Vorige Woche haben sie einen Pfarrer und zwei Nonnen festgenommen, die in einer Landpfarrei tätig sind: es ist schrecklich, diese abgemagerten Priester zu sehen, wie sie zu uns ins Seminar kommen und uns erzählen von den Schrecken des Kommunismus. Nein, ein solches Leben ist keineswegs mehr lebenswert!“

Auf der andern Seite sind aber die Berichte von amerikanischen Soldaten, die aus Vietnam zurückgekehrt sind und von den Grausamkeiten erzählen, die von südvietnamesischen Regierungstruppen und von Amerikanern verübt wurden, nicht weniger erschütternd. Aus der Fülle dieser Berichte seien nur einige wenige herausgegriffen. Peter Martinsen, ein Psychologiestudent von der Universität Berkeley, der vom September 1966 bis Juni 1967 in Südvietnam zahlreiche Verhöre geleitet hatte, erklärte: „Ich kenne kein Verhör in Vietnam, bei dem nach den Begriffen der Genfer Konventionen nicht ein Kriegsverbrechen begangen wurde. Es wäre lächerlich und verlogen zu behaupten, dass nur die Südvietnamesen foltern. Ich habe nie ein Verhör gesehen, das allein von Südvietnamesen vorgenommen wurde.“ Dave Tuck, ein einfacher schwarzer Amerikaner aus Cleveland, der 13 Monate beim 35. Infanterieregiment in Vietnam gedient hatte, schilderte eine dieser Torturen: „Im Februar 1966, im Lager Holloway nahe bei Pleiku, sah ich, wie ein Vietcong von Südvietnamesen unter amerikanischer Leitung gefoltert wurde. Der Mann war gefesselt und lag am Boden. Sie stiessen ihm ein Messer unter die Finger-

nägel und in die Fusssohlen. Als sie kein Ergebnis erzielten, stiessen sie die Spitze des Messers unter den Augapfel. Als er immer noch nichts sagte, wurde er in einen Stacheldraht-Käfig gesperrt. Sobald er sich bewegte, drangen die Drahtspitzen in sein Fleisch. Dort liessen sie ihn zwei Tage.⁴ Dave Tuck erzählte weiter von der ‚Minute der Wut‘, die jedesmal eingeschaltet wurde, wenn die Amerikaner aus einem Dorf beschossen wurden: in dieser Minute schoss jeder mit der Waffe, die er hatte – Gewehr, Maschinengewehr, Panzerkanone – auf alles und auf jeden.

Alle diese Schilderungen stammen aus der Zeit vor der grossen Tet-Offensive. Seither haben die Grausamkeiten, die Zerstörungs- und Vernichtungsaktionen auf beiden Seiten um ein Vielfaches zugenommen. Aus dieser neuen Phase sei nur ein Beispiel herausgegriffen, das Schicksal des Dorfes Nam-O. In Nam-O, einem kleinen Flüchtlingsdorf in der Nähe von Danang, drangen während der Tet-Offensive Vietcongs ein und hielten eine Versammlung ab. Darauf wurde die Bevölkerung von Regierungsseite aufgefordert, das Dorf zu verlassen. Doch niemand folgte der Aufforderung, aus Furcht vor Repressalien und aus berechtigter Furcht vor Plünderungen.

In der Nacht griffen amerikanische Bomber das Dorf mit Raketen und Napalm an. Am andern Morgen zählte man 300 Leichen, nach offiziellen Angaben alles Vietcongs . . . »

Für Demokratie in Spanien . . .

In Paris fand kürzlich die vierte westeuropäische Spanienkonferenz statt, zu der neben französischen Linkspolitikern wie François Mitterrand und Guy Mollet auch Künstler und Intellektuelle wie Pablo Picasso aufgerufen hatten. Auch eine Schweizer Delegation war vertreten. Der Berner Nationalrat Dr. Richard Müller, Zentralsekretär der PTT-Union, fand mutige Worte, die Beachtung verdienen. Er führte unter anderem aus:

«Das spanische Regime ist ein Anachronismus in unserer Zeit, ein Fossil aus der Epoche der faschistischen Diktatoren neben Portugal und neuerdings auch Griechenland. Wir Gewerkschafter und Sozialdemokraten und mit uns ein Grossteil des Schweizervolkes haben mit tiefster Anteilnahme den heroischen Kampf der Republik in der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre um ihre Existenz verfolgt. Wir waren uns bewusst, dass die republikanischen Kräfte nur unterlagen dank der massiven ausländischen Hilfe an die Militärjunta. Wir haben damals versucht, nach Möglichkeit materiell die Republikaner zu unterstützen. Zahlreiche Schweizer Gesinnungsfreunde haben in Spanien gekämpft, viele sind nicht mehr zurückgekehrt.

Wir sind tief beunruhigt, dass heute, 30 Jahre, nachdem die Reaktion das Volk überwältigt hat, immer noch ein Regime des Terrors und der Gewalt in Spanien herrscht, dass immer noch Tausende und aber Tausende fern von ihrer Heimat im Exil leben müssen. Wir in der Schweiz

sind in den letzten Jahren vor allem näher mit der spanischen Arbeiterschaft in Kontakt gekommen. Wir waren und sind auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen, um unsere auf Hochtouren laufende Wirtschaft in Gang zu halten. Rund 80 000 Spanier und Spanierinnen tragen durch ihre Arbeit zum Wohlstand unseres Landes bei. Allein im Jahr 1967 sind über 32 000 spanische Arbeitskräfte in unser Land eingereist. Die Beziehungen auf diesem Sektor können auch einen kleinen Beitrag leisten zur Demokratisierung, aber auch zur Hebung des Lebensstandards . . .

Wir sind überzeugt, dass sehr viel länger das Regime in der heutigen Form in Spanien sich nicht mehr wird halten können. Eine Auflockerung muss zwangsläufig erfolgen schon wegen der internationalen Verflechtung in wirtschaftlicher Beziehung. Grund zu Optimismus gibt uns aber vor allem die Einstellung des spanischen Volkes selbst, das nicht länger gewillt ist, in mittelalterlichen Zuständen zu leben. Wir alle hoffen, und das ist vor allem der Wunsch der Gewerkschafter und Sozialdemokraten der Schweiz, dass die Tage der Freiheit für das spanische Volk nicht mehr fern sind.»

Zum Schluss der Konferenz wurde ein Manifest verfasst, worin es heisst: «Alle Freunde Spaniens begrüssen den Mut der Männer und Frauen, die diesen edlen Kampf für die Freiheit führen, und bezeugen ihre Solidarität mit den Eingekerkerten und Exilierten, den Opfern eines Zustandes, der sich aus dem Bürgerkrieg und aus den neuesten Auseinandersetzungen ergeben hat. Durch eigene Anstrengungen und sachliche Information über die Lage in Spanien und durch die Entwicklung ständiger Kontakte mit den verschiedenen Kreisen, die in Spanien für die Demokratie kämpfen, sollte Westeuropa dem spanischen Volke eine echte und wirksame Hilfe für seinen Freiheitskampf sein.»

... und in Griechenland

Mit den Verhältnissen in Griechenland befasste sich kürzlich der Europarat. Er fasste nach eingehender Diskussion eine klare Resolution, die der griechischen Militärdiktatur mit dem Ausschluss aus dem Europarat droht, wenn sie nicht innert einer bestimmten Frist die Demokratie wiederherstellt. Wir entnehmen dem Bericht von Henri Stranner in «Europa», der Zeitschrift der «Europa-Union», folgende wichtige Abschnitte:

«Den grössten Platz in der politischen Diskussion nahm die Auseinandersetzung um die Griechenlandfrage ein. Anlass zu dieser Diskussion war der Bericht und die Resolution des Holländers W. E. Siegmann und des Engländer Silkin, die im Dezember im Auftrage des Europarates nach Griechenland gereist waren, um die Lage an Ort und Stelle zu prüfen. Die beiden Sonderbeauftragten unterbreiteten der Beratenden Versammlung einige konkrete Vorschläge, die sich wie folgt zusammenfassen lassen:
– der von den griechischen Machthabern in Aussicht gestellte Entwurf

für eine neue demokratische Verfassung soll dem Europarat übermittelt und von diesem eingehend geprüft werden;

- sollte die neue Verfassung tatsächlich, wie versprochen, noch vor dem Herbst dieses Jahres dem griechischen Volk vorgelegt werden und sollten in einem späteren Zeitpunkt Wahlen organisiert werden, so müssten diese Urnengänge von unabhängigen Beobachtern des Europarates kontrolliert werden;
- dem griechischen Militärregime soll eine Frist von fünfzehn Monaten – bis Frühjahr 1969 – für die Durchführung des Verfassungsreferendums und die Ausschreibung allgemeiner, freier Wahlen belassen werden. Sollte sich nach Ablauf dieser Wartefrist herausstellen, dass die Athener Junta keine Anstalten trifft, um die von ihr versprochene Rückkehr zur Demokratie zu verwirklichen, so müsste die Beratende Versammlung die nötigen Konsequenzen ziehen und das ‚Ministerkomitee‘ des Europarates auffordern, Griechenland aus der Strassburger Organisation auszuschliessen.

Diese Entschliessung und auch die Tatsache, dass sich die ‚Kommission für europäische Menschenrechte‘ bald mit der von den Skandinaviern und Holland eingereichten Klage wegen Verletzung der Menschenrechte in Griechenland befassen wird, dürfte die Athener Machthaber nicht gleichgültig lassen. Es mag sein, dass die Griechen, unbekümmert um die Reaktion der europäischen Öffentlichkeit, ihren eigenen Weg weiterverfolgen und die Strassburger Urteile ignorieren. Wenn sie das tun, dann wird aber dem Europarat nichts anderes übrig bleiben, als seine durchaus legitime Drohung wahrzumachen und Griechenland aus der westeuropäischen Völkerfamilie auszuschliessen. Warum sollte dieses Land besser behandelt werden als Portugal und Spanien, die wegen ihres politischen Regimes nie in den Europarat aufgenommen wurden?»

Von den sechs schweizerischen Delegierten im Europarat waren bei der Abstimmung über die Griechenland-Resolution nur noch zwei anwesend, beide enthielten sich der Stimme, die andern waren frühzeitig aus Strassburg abgereist.

Otto Schmidt